

Die Visegrád-Länder in der EU: ein abweichender Fall?

Radovan Geist

Einst war die europäische Integration Traum, der von Eliten und der Öffentlichkeit geteilt wurde. Doch nun verliert er in den Visegrád-Ländern an Anziehungskraft. Was sind zentrale Gründe für diesen Sinneswandel? Welche Faktoren formen die Positionen dieser Länder in den Debatten über die Zukunft der EU?

Heute werden die Visegrád-Länder als „Unruheherde“ in der europäischen Politik wahrgenommen. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán spricht von einer „illiberalen Demokratie“ und führt Brüssel (zusammen mit Wien und Russland) unter den Unterdrückern der „ungarischen Souveränität“ auf. Andere Premierminister und/oder Präsidenten in der Region klagen die EU der Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ an. Die Stimmen, die eine Schwächung der europäischen Integration verlangen, werden lauter – zuweilen sogar im europäischen Mainstream.

Nur wenige Jahre zurück sahen substantielle Mehrheiten in der politischen Elite und Öffentlichkeit die europäische Integration hingegen noch als eine wichtige Garantie für politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung. Gleichzeitig sahen sie die EU-Mitgliedschaft als eine Korrektur der „historischen Ungerechtigkeit“, als eine Rückkehr in die „gemeinsame europäische Familie“ an. Was hat diese Wahrnehmung verändert? Welche Faktoren nähren die Skepsis über die Vorteile der europäischen Integration in der Visegrád-Region? Warum geht die Region allmählich auf Distanz vom europäischen politischen Mainstream?

Analysen über die Region geben oft intuitive, aber irreführende Antworten: Eine erste lautet, dass die Visegrád-Länder in ihre nationalistisch-konservativen und/oder populistischen überkommenen Ursprungsmuster zurückfallen, nachdem sie frei von dem Druck sind, den die EU während der Beitrittsgespräche hatte ausüben können. Diese „Europäisierungserklärung“ setzt voraus, dass der Transformationsprozess von den kommunistischen Regimen niemals abgeschlossen wurde. Die Länder hätten die formalen politischen und wirtschaftlichen Institutionen (repräsentative Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, um nur einige zu nennen) übernommen, ohne sie je zu internalisieren. Auf die formalen Änderungen sei niemals ein tieferer kultureller Wandel gefolgt, und die neuen Eliten (die zum Teil noch aus den früheren Regimen stammten) seien fähig gewesen, die Regeln nach ihren Wünschen zurecht zu biegen. Dabei habe ihnen die Schwäche der EU geholfen.¹

Die zweite Erklärungsvariante stellt eher individuelle Akteure in den Vordergrund: die Rolle der Premierminister Vladimír Mečiar und Robert Fico in der slowakischen Debatte; der formative Einfluss des früheren Premierministers und Staatspräsidenten Václav Klaus auf die tschechische Debatte (und Positionen) zur europäischen Integration; Viktor Orbáns besonders kämpferischer politischer Stil; die schamlosen und unverantwortlichen Neigungen des tschechischen Staatspräsidenten Miloš Zeman usw. Das Zusammenfließen dieser individuellen Faktoren schaffe eine spezifische Atmosphäre in der Region: Die politische Debatte in diesen Ländern werde von populistischen Führern, die ihrer Popularität aufhelfen, indem sie äußere Feinde schüfen – selbst in Brüssel –, als Geisel genommen.²

Schließlich wird die wachsende Zurückhaltung der Visegrád-Länder, eine tiefere europäische Integration zu unterstützen, mit den Besonderheiten ihrer Geschichte erklärt. Eine wirkliche politische Unabhängigkeit sei erst kürzlich mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks erreicht worden. Daher seien die Länder nicht begeistert, ihre Souveränität an die Europäischen Institutionen abzutreten. Für sie sei die Europäische Union, der sie beigetreten wären, letztlich ein gemeinsamer Markt mit dem Zuckerl der Struktur- und Kohäsionsfonds gewesen. Keine Rede sei von politischer Integration, der Harmonisierung von Steuern und sozialen Standards oder gemeinsame Regeln für kulturelle sensible Fragen (alles von LGBT-Rechten bis zur Einwanderung) gewesen. Eines Tages mögen sie in ihre europäische Identität hineinwachsen, aber nicht gerade jetzt.³

Diese Erklärungen, alles letztlich Variationen des „Modernisierungsgedankens“, können nicht völlig beiseite gewischt werden. Sie mögen Erklärungen für Teilaspekte der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modelle der Visegrád-Länder liefern. Wir müssen jedoch die strukturellen Faktoren, welche die Region formen, für eine komparative Analyse der einzelnen Visegrád-Länder im breiteren europäischen Kontext einbeziehen. Daher wollen das Problem, das wir zu Beginn skizziert haben, durch drei unterschiedliche Prismen betrachten: die wirtschaftsstrukturellen Faktoren, die Kräfte, welchen den Diskurs der Elite und der Öffentlichkeit über die EU in der Region formen, und die gesellschaftlichen Entwicklungen.

Strukturelle Faktoren

Wirtschaftlich sind die Visegrád-Länder eng an die EU gebunden. Multinationale Gesellschaften aus Westeuropa haben eine starke Präsenz in der Region etabliert. Die Verlagerung einiger industrieller Aktivitäten nach Zentraleuropa ist ein wichtiger Aspekt ihrer industriellen Strategien gewesen – vor allem im Fall der deutschen Industrien. Letztlich hat sich dasselbe in den Banken- und Infrastruktursektoren (Elektrizität, Gas, Wasserversorgung) wiederholt. Weiters haben alle vier Länder offene Ökonomien mit starken Exportsektoren, wobei sowohl Exporte als auch Importe von Deutschland dominiert werden,⁴ entwickelt.

Innerhalb dieses allgemeinen Musters gibt es Platz für Variationen. Wegen seiner Größe weist beispielsweise Polen einen größeren Binnenmarkt als die anderen Visegrád-Länder auf. Dieses Land bemüht sich auch um den Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen mit den Ostseeländern. Ungarn etwa baut Wirtschaftsverbindungen mit den Balkan-Ländern auf und ist führend beim Werben um chinesische Investoren. Auch wenn einige Politiker in der Region von einer Diversifizierung⁵ sprechen, bleibt die Lebenswichtigkeit des europäischen Marktes eine strukturelle Determinante für die Europapolitiken der Visegrád-Länder.

In beträchtlichem Ausmaß wurden wirtschaftliche Verbindungen schon vor der EU-Mitgliedschaft geschaffen. Der Beitrittsprozess hat die wirtschaftliche Abhängigkeit von Westeuropa substantziell verstärkt (vgl. Becker 2016), aber der Trend wurde bereits in den frühen 1990er Jahren in Gang gesetzt. Es gab Variationen: Ungarn war der eifrigste Anhänger der Öffnungspolitik. Die Slowakei während der beiden Regierungen Vladimír Mečiar (1993–1998) und, in gewissem Ausmaß, auch die Tschechische Republik unter dem Ministerpräsidenten Václav Klaus versuchten eine einheimische Kapitalistenklasse zu schaffen, die Protagonist einer stärker autonomen Entwicklung wäre. Diese kurzlebigen Versuche brachen allerdings unter der Last ihrer inneren Widersprüche, der wirtschaftlichen Krise Ende der 1990er Jahre und politischen Veränderungen zusammen. Zur Jahrhundertwende waren alle vier Regierungen enthusiastisch auf ein durch ausländische

Direktinvestitionen getriebenes Modell eingeschwenkt, öffneten sich über Privatisierungsprozesse für internationale Investoren und liberalisierten ihre Ökonomien (von der Banken, über die Handelspolitik bis hin zu den Arbeitsmärkten).

Dieses Wirtschaftsmodell stützt sich massiv auf die Existenz offener Europäische Märkte (den „vier Freiheiten“, vor allem die freie Mobilität von Gütern und Dienstleistungen) und der Fähigkeit, ausländische Investoren, einschließlich Industriefirmen, die ihre Aktivitäten aus Westeuropa verlagern, anzuziehen. Dies könnte erklären, warum die Visegrád-Länder niemals enthusiastische Unterstützer von Politiken der Steuerharmonisierung (wobei sie sich besonders heftig einer Harmonisierung bei Unternehmenssteuern widersetzen) oder einer tieferen Integration auf dem Feld der Sozialpolitik waren. Die Fähigkeiten, die Lohndifferenziale zu Westeuropa beizubehalten und Investoren vorteilhafte regulatorische Regime zu bieten, waren wichtige Pfeiler des Modells einer abhängigen Marktwirtschaft (Nölke/Vliegenhart 2009).

Die Abhängigkeit von den großen westeuropäischen Ökonomien, vor allem Deutschland, kann allerdings die unterschiedlichen Positionierungen dieser Länder im Hinblick auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion nicht erklären, und sie trägt auch nicht zum Verständnis der heftigen Reaktionen in Fällen wie der Migrationskrise bei. Gleichzeitig scheint sie im Widerspruch zum Kollisionskurs mit dem europäischen Mainstream zu stehen, wie ihn einige Regierungen in der Region verfolgen. Daher müssen wir den Blick auf die Interaktion mit anderen Faktoren richten.

Die Slowakei: ein steiniger Weg in die EU

Bevor wir die zentralen Themen des Diskurses der Elite und der Öffentlichkeit über die EU in den Visegrád-Ländern analysieren, wollen wir einen näheren Blick auf den speziellen Fall der Slowakei werfen. Politisch wurde das Land erst spät in den Beitrittsprozess einbezogen. Am Ende der 1990er Jahre war es nicht klar, ob es wie geplant Teil der ersten Erweiterungsrunde von 2004 sein würde. Das Land hatte 1993, kurz nach der Unabhängigkeit, ein Assoziationsabkommen mit der EU unterzeichnet, aber es wurde aufgrund der gespannten Beziehungen mit der EU in den Jahren der Mečiar-Regierung erst 1999 – zwei Jahre nach den restlichen Visegrád-Ländern – zu den Beitrittsgesprächen eingeladen. Der Verhandlungen erfolgten im „superschnellen“ Modus und wurden zeitgerecht abgeschlossen, um der EU im Mai 2004 gemeinsam mit seinen Visegrád-Nachbarn, vier anderen post-kommunistischen Ländern sowie Malta und Zypern beizutreten.

Die schwierigen Mečiar-Jahre haben die öffentliche Wahrnehmung der EU-Mitgliedschaft beeinflusst. Zunehmende westliche Kritik an seiner zunehmend autokratischen zweiten Regierung (1994–1998) und die abnehmenden Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaften hatten Mečiar veranlasst, mit einer „alternativen Außenpolitik“ zu kokettieren: Wenn die Slowakei vom West nicht willkommen geheißen würde, sollte sie die Rolle einer Brücke zwischen Ost und West spielen. Unabhängig davon, ob dies wirklich eine reale Alternative darstellte, trug das Risiko, beim Integrationsprozess draußen vorgelassen zu werden dazu bei, die Opposition gegen Mečiar zu stärken und zu vereinen. Dies war auch einer der Hauptfaktoren für die Bildung der ideologisch dispersen ersten Regierung Mikuláš Dzurindas,⁶ der Mečiar 1998 ablöste.

Ende der 1990er Jahre wurde die Frage der der EU- (und NATO-) Mitgliedschaft in einem Maße politisiert wie dies in den anderen Visegrád-Ländern nicht der Fall war. Sie wurde zu einem Streitpunkt zwischen den „pro-europäischen Modernisierern“ und den

„nationalistischen Traditionalisten“. Diese Politisierung bezog sich allerdings allein auf die Frage der EU-Mitgliedschaft an sich; sie entwickelte sich nie zu einer Debatte darüber, welches Europa wir uns wünschen. Nachdem der Regierungswechsel den Weg für den Beitrittsprozess freigemacht hatte, starb selbst diese Debatte ab. Im Mai 2004 unterstützten dann alle Parteien – einschließlich Mečiar's HZDS, die nationalistische SNS und die Kommunistische Partei der Slowakei – die slowakische EU-Mitgliedschaft. Eine amorphe pro-europäische Plattform vereinte die politische Elite der Slowakei (Bilčík/Buzalka 2012).

Dies hatte eine tiefgreifende Wirkung auf die öffentliche Debatte. Für einen großen Teil der Öffentlichkeit wurde EU-Mitgliedschaft vage in Verbindung mit wirtschaftlicher Prosperität und sozialer Wohlfahrt, „ganz wie im Westen“, gebracht. Politisch sollte die EU-Mitgliedschaft ein Sicherungsmechanismus gegen autoritäre Tendenzen (entweder die „post-kommunistischen Eliten“ oder die „traditionalistischen Massen“) und ein Anker für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden: ein letztes Gütesiegel, dass die Slowakei ein „modernes europäisches Land“ geworden ist. Abgesehen von den Wahlen 1998 (und in begrenztem Ausmaß 2002) setzte sich öffentliche Unterstützung für die EU nicht in aktive politische Mobilisierung um. Das Referendum über die EU-Mitgliedschaft brachte nur 52% der WählerInnen, gerade einmal genug für dessen Gültigkeit, zu den Urnen. In der Slowakei war (und ist) die Beteiligung an den Wahlen zum Europaparlament mit weiter abnehmender Tendenz die niedrigste in der EU. Bis jetzt ist, trotz der mobilisierenden Wirkung der multiplen Europäischen Krisen, ein spezifischer Mix von Euro-Optimismus und -Passivität ein besonderes Merkmal der öffentlichen Meinung in der Slowakei.

Die politischen Entwicklungen nahmen in den anderen Visegrád-Ländern in den 1990er Jahren eine andere Wendung. Die politische Szene stabilisierte sich relativ rasch entlang einer Links-Rechts-Achse. Eine Seite repräsentierte die Mitte-Links-Parteien, die mit der europäischen Sozialdemokratie verbunden sind (meistens der Dritte-Weg-Variante) und die rechte Seite wurde durch verschiedene liberal-konservative Gruppierungen repräsentiert. Der politische Mainstream wurde durch zwei Themen vereint: Europäische Integration und liberale Wirtschaftsreformen.

Quellen des Euroskeptizismus

Ende der 1990er Jahre und speziell nach dem EU-Beitritt konvergierte der politische Mainstream in den Visegrád-Ländern weitgehend zu dieser Kombination eines unscharfen Pro-Europäismus und des Wirtschaftsliberalismus. Innerhalb dieser Grenzen formten spezifische Verbindungen von kulturellem Konservatismus und ideologischem Wirtschaftsliberalismus, die über den europäischen Mainstream-Konsens hinausgingen, den politischen Diskurs in den einzelnen Ländern.

Die Quellen des kulturellen Konservatismus variieren zwischen den einzelnen Visegrád-Ländern. In Polen und der Slowakei hat die katholische Kirche einen starken Einfluss und operiert über ihre nahestehende Parteien (wie die KDH in der Slowakei oder auch KDU-ČSL in der Tschechischen Republik, wo sie allerdings weniger einflussreich ist) bzw. über den Abschluss von Konkordaten im Fall von Mainstream-Parteien (von der Mitte-Links stehenden Smer-SD in der Slowakei bis zur nationalkonservativen PiS in Polen).

Konservatismus speist sich auch aus nationalistischen Ideologien. Die Idee einer spezifischen „nationalen Identität“ hat eine wichtige Rolle im Transformationsprozess gespielt. Sie bot einen einigenden Faktor in Gesellschaften mit wachsender Ungleichheit und sozialer Unsicherheit. Weiters kreisen die politischen Mythologien in Zentral- und Südost-

europa um die Idee eines „Strebens nach einem Nationalstaat“. Die Geschichte wird als eine Einbahnstraße von multi-ethnischen Monarchien zu kleinen mono-ethnischen und -kulturellen „Nationalstaaten“ interpretiert.

Auf den Mythos der nationalen Identität wurde auch Bezug genommen, um das Widerstreben einiger Visegrád-Länder in der Frage einer stärkeren Integration in den Bereichen Justiz und Inneres oder bei Fragen, die durch Identitätspolitik instrumentalisiert werden können, zu erklären. Im Sommer 2004 trugen der slowakische Innen- und Justizminister (beide von der christlich-konservativen KDĽ) zu einer Blockade des ursprünglichen Den Haag-Programms bei. Hierbei traten sie gegen eine gemeinsame Grenzschutztruppe, die Schaffung eines Europäischen Generalanwalts und die wechselseitige Anerkennung von Partnerschaften in der EU auf. Ihre Argumente – die Notwendigkeit der Souveränitätsbewahrung in „politisch sensiblen Bereichen“, der Schutz traditioneller Werte gegen Eingriffe des „liberalen Westens“ usw. – gaben einen Vorgeschmack auf die Positionen, welche die Visegrád-Regierungen dann in jüngster Migrationskrise einnahmen.

Die andere Kraft, die den Euroskeptizismus in der Region herausbildete, war der ideologische Wirtschaftsliberalismus. Diese Strömung wird oft mit dem früheren Premierminister und Präsidenten der Tschechischen Republik, Václav Klaus,⁷ in Verbindung gebracht, ist aber viel weiter verbreitet. Kurz nach dem EU-Beitritt stellten der slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda⁸ und sein Finanzminister Ivan Mikloš die EU als eine verrottete etatistische Welt dar, der neues Leben durch den frischen Wirtschaftsliberalismus des „neuen Europa“ eingehaucht werden müsse, der die etatistischen und egalitären Institutionen durch Liberalisierung und Deregulierung reformieren würde. In Polen war Donald Tusk, der als eine pro-europäische Alternative zu Kaczyńskis Kräften angesehen wurde, ebenfalls keine feuriger Verteidiger einer tieferen Integration auf bestimmten Gebieten (Gagatek 2014).⁹

Desillusionierung

Das offizielle Narrativ der post-kommunistischen Transformation, das auf den Modernisierungsmythos gegründet ist, verliert an Überzeugungskraft. Dies hinterlässt ein Ideenvakuum im öffentlichen Diskurs. Nachdem politische Institutionen, Wirtschaftsstrukturen und formale Regeln imitiert wurden, sollte die europäische Integration das ultimative Siegel unserer Rückkehr in den Westen sein. Doch, wie der tschechische Soziologe Jan Keller (2007) theoretisiert, sieht die Realität eher wie eine Rückkehr zum Feudalismus aus.

Nachdem sich das Beitrittsrennen aufgewirbelte Staub wieder gesetzt hatte und die Visegrád-Länder sich an ihren Status der „global Wohlhabenden“ (wenn auch nur als ärmere Nichten) gewöhnt hatten, stellten einige fest, dass der Transformationsprozess Länder geschaffen hatte, die wie Reviere funktionieren, welche die eng verwobene Gruppe der Gewinner unter sich aufgeteilt hat. Industrien, politische Parteien, öffentliche Aufträge, Fußballclubs ... alles steht zum Verkauf. Von Zeit zu Zeit werden die Sessel gerückt, aber dies ist eher ein Sesselnücken auf der Titanic als eine wirkliche Veränderung.

Hoffnungen aus den Zeiten der „samtenen Revolutionen“ verwandeln sich in ritualisierte Nostalgie. Wie ist es möglich, dass das Streben nach einem besseren, menschlicheren System solche Tragikomödien hervorgebracht hat? Um mit den Erinnerungen Frieden zu schließen, werden bössartige Schuldige identifiziert: flexible kommunistische Kader, die dem Wandel standhielten und Verbindungen und Einfluss gegen Geld tauschten, und umgekehrt. Dumme Massen und ihre ursprünglichen Instinkte. Schwache kulturelle Eliten.

Agenten des Auslandskapitals und böswillige AusländerInnen ... Der öffentliche Diskurs in den Visegrád-Ländern erwies sich als fruchtbarer Boden für Verschwörungstheorien, die diverse extremistische Ideologien speisten (Rupnik 2007).

Der Desillusionierung setzten die politischen und kulturellen Eliten das TINA-Narrativ entgegen: Dies ist die einzige Welt, die man bekommen konnte. Wenn du sie zurückweist, endest du bei den Extremen, den Dämonen der Vergangenheit.¹⁰ Höchstens durfte verlangt werden, dass der Transformationsprozess letztlich Oligarchen, die für das Teilen ihres Reichtums bewusst genug wären, und politische Eliten hervorbringen würde, die anständig genug wären, sich nicht wie eine höhere Kaste zu betragen. Aber in den Ländern der Region beginnen die Gesellschaften diese Ideale aus zweiter Hand zu zurückzuweisen, wobei sie die Worte von Bulgakovs „Der Meister und Margarita“ widerspiegeln: „Zweite Frische – das ist, was Unsinn ist! Es gibt nur eine Frische – die erste – und sie ist zugleich die letzte. Und wenn ein Stör nur von zweiter Frische ist, so ist er einfach vergammelt.“ Der Fisch stinkt vom Kopfe her.

Dieses unfaire System wird durch einen glücklichen Zufall zusammengehalten. Im letzten geopolitischen Kartenspiel hat sich die Region – wirtschaftlich wie politisch – im Lager der Gewinner wiedergefunden. Einige haben stark profitiert, andere erhalten zumindest einige Bissen und Krümel aus le Grande Bouffe. Auslandsinvestoren schufen Jobs und belebten einige Sektoren wieder. Dank der offenen Grenzen konnten wir einen Teil der Arbeitslosen in den Westen exportieren. Geplünderte Staaten würden auf dem letzten Loch pfeifen, gäbe es nicht EU-Gelder, die öffentliche Investitionen finanzieren. Die Lage könnte – und sollte – besser sein. Aber sie hätte auch schlechter sein können.

Die „Normalisierungsmaxime“ reicht gerade für das weiter Durchwurschteln. Aber sie ist weit davon entfernt, die inneren Widersprüche des Systems aufzulösen – ganz im Gegenteil. Sozialer Druck baut sich auf, und es ist schwer vorherzusagen, an welchem Punkt sich angeekelte, passive Bürgerinnen sich in wütende BürgerInnen verwandeln. Dasselbe gilt für den Charakter der nachfolgenden Explosion. Sie könnte inklusiv ausgerichtet sein und auf gleichen Rechten und Chancen für alle gründen. Sie könnte aber auch intolerant sein und auf der Segregation von Identitäten aufbauen.

Neue ModernisiererInnen

Das Vierteljahrhundert des Transformationsprozesses hat in den post-kommunistischen Ländern Gewinner und Verlierer geschaffen. Um fair zu sein, die erste Gruppe besteht nicht allein aus Vertretern des internationalen Kapitals und einheimischen Oligarchen. Einige sind auch erfolgreich gewesen, ohne sich in undurchsichtigen Privatisierungen die Hände schmutzig zu machen oder sich Reichtum durch den Missbrauch öffentlicher Gelder angeeignet. Einige hatten einfach Glück, hatten die richtigen Talente oder eine passende Mischung von Qualifikationen und Fähigkeiten. Sie sind nicht von nationalen PolitikerInnen abhängig (oder nicht zu sehr), und ihr kultureller und politischer Horizont reicht über die nationalen Grenzen.

Politisch würden sie sich als Liberale oder Progressive einordnen oder aber versuchen, sich jeder ideologischen Einordnung zu entziehen. Sie misstrauen dem korrupten Establishment und fürchten Extremisten. Sie bewegen sich im selben sozialen Raum wie die PrivatisiererInnen und durch EU-Fonds alimentierte Unternehmer, verachten diese aber. Ihre politische Einstellung hat als Kernpostulat die „Anständigkeit“.

Diese neue Mittelklasse (oder eher obere Mittelklasse) hat das Banner der „Modernisie-

„ung“ übernommen, um den Transformationsprozess abzuschließen. Für sie heißt das, die Eliten weniger korrupt, die Massen intelligenter und weniger anfällig für Populismus und den Kapitalismus besser zu machen. Bis vor kurzem haben sie vor allem apolitischen, bürgerschaftlichen Aktivismus unterstützt: den Kampf gegen Korruption, die Unterstützung für Menschenrechte, die Verteidigung der Medienfreiheit, Minderheiten etc. Mit dem Aufstieg des Populismus und politischen Extremismus suchen sie nach politischen VertreterInnen: neuen Parteien und PolitikerInnen, die ein Land schaffen würden, wo man „anständig leben und Geld machen“ könnte.

Solche politische Projekte entstehen praktisch in allen Visegrád-Ländern: LMP in Ungarn, die tschechischen Grünen, Nowoczesna Ryszard Petrus in Polen oder auch verschiedene Initiativen, die derzeit in der Slowakei entstehen. Alle diese Parteien haben sich „neue“ und „kompetente“ Politik auf die Banner geschrieben. Bis jetzt waren alle diese Initiativen kurzlebig oder hatten nur begrenzten Wahlerfolg. Sie sind nicht fähig, der unteren Mittelklasse oder dem wachsenden Prekariat eine Alternative zu bieten.

Für die unteren sozialen Klassen hat der Transformationsprozess es nicht geschafft, Chancen für die Akkumulation sozialen oder wirtschaftlichen Kapitals zu schaffen. Sie versuchen in einer Welt zu überleben, in der Kapital und Macht durch Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“ konzentriert wurden. Sie können kaum an ein neues „Modernisierungsnarrativ“ glauben. Denn aus ihrer Sicht haben die früheren Versionen für sie wenig gebracht. Bis jetzt sind sie vor eine politische Wahl zwischen dem Versprechen des „reinen Kapitalismus“, wo jeder/jede hat, was er/sie verdient (was heißen soll: was er/sie kaufen kann), und einer Regierung der Oligarchie, die durch sozialen Populismus versüßt wird, gestellt.

Neue ModernisiererInnen wünschen sich wohl besser informierte und liberalere Massen. Aber solange ihre Politik kleinbürgerlich bleibt und sie nicht fähig sind, eine glaubwürdige und sozial faire Alternative zu bieten, werden Proteststimmen eher an extremistische Parteien gehen.

Die Suche nach einem Gleichgewicht

Die Visegrád-Länder versuchen auf zwei unterschiedlichen Weg ein fragiles politisches Gleichgewicht wiederherzustellen. Polen und Ungarn werden von nationalistisch-konservativen Kräften regiert, welche die nationale politische Szene dominieren. In der Slowakei und der Tschechischen Republik amtieren breite Koalitionen von „verantwortungsbewussten“ Mainstream-Parteien.

Beide Konfigurationen repräsentieren Machtblöcke aus nationalen Kapitalisten und internationalem Kapital – mit einer zunehmenden Rolle von Ersteren. Angesichts der Legitimierungskrise versuchen sie es mit etwas stärker umverteilenden Politiken und einer gewissen Annäherung zwischen lokalem und internationalem Kapital. Die strukturellen Charakteristika des abhängigen Kapitalismus bleiben allerdings intakt. Dies formt zusammen mit der Notwendigkeit, im Fall rückläufiger Legitimität auf „Identitätspolitik“ zurückzugreifen, ihre Positionen zur Europäischen Integration.

Die kontroverse Position, welche die ungarische, polnische, slowakische und, in gewissem Ausmaß, die tschechische Regierung zur Migration bezogen haben, ist eine logische Folge der von ihnen gewählten Sicht auf den Europäischen Integrationsprozess: ein großer Bankomat, der Gelder ohne Bedingungen verteilt. Die Visegrád-Regierungen – unterschiedlicher politischer Färbung – verweigerten vielen Initiativen für eine vertiefte Integration die Unterstützung oder stellten sich offen gegen diese. Zu erwähnen wären hier

eine EU-Steuer zur Finanzierung des EU-Budgets, Steuerharmonisierung, eine stärkere gemeinsame Sozialpolitik, die wechselseitige Garantie öffentlicher Schulden, das Amt eines Europäischen Generalanwalts usw.

Dies heißt nicht, dass sie einen abweichenden Fall darstellen. Die post-kommunistischen Länder sind integraler Bestandteil des Europäischen ökonomischen und politischen Systems, und sie sind bei der Unterstützung neoliberaler Governance-System in der EU eine wichtige Kraft (Bohle 2008). Diese führen zu zunehmender Diversität (und Divergenz) im gemeinsamen Markt. Politisch tragen sie zur Abwehr von redistributiver Politik oder sozialer Regulierung auf der Europäischen Ebenen. Allerdings wird diese Position jetzt durch innere und äußere Widersprüche gefährdet.

Die europäischen Kernländer sehen sich jetzt mit den destabilisierenden Wirkungen des neoliberalen EU-Regimes konfrontiert. Um den sozialen und politischen Druck zu mindern, versuchen Mainstream-Parteien neue Europäische Regulierungen (vor allem bei der Besteuerung und Sozialpolitik) durchzusetzen oder Spielräume für nationale Schutzmaßnahmen (Begrenzung der Arbeitsmigration) zu schaffen. Beide Varianten würden die Visegrád-Länder, aber auch allgemeiner Länder des abhängigen Kapitalismus treffen,¹¹ weil sie einen relativ offen gemeinsamen Markt für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte sowie die Fähigkeit, Lohndifferenziale und schwache regulative Regimes beizubehalten, brauchen. Die politischen Eliten der Visegrád-Länder und die von ihnen geschaffenen sozio-ökonomischen Regime hängen von der Europäischen Integration bei Auslandsinvestitionen, Arbeitsmärkten, die überschüssige Arbeitskräfte absorbieren können, und, aufgrund der geringen Redistribution durch die Staatsbudgets, bei Geldern für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Forschung usw. ab. Gleichzeitig können sie es sich nicht leisten, sich in eine tiefere Integration einzuklinken, durch die ihre Systeme den „Wettbewerbsvorteilen“ verlustig gingen.

Im Inneren büßt der politische Mainstream in den Visegrád-Ländern die Fähigkeit ein, ohne den Rückgriff auf Identitätspolitik die Legitimität zu bewahren. Da er durch eine Koalition von internationalem Kapital und lokalen Oligarchen (mit sich veränderndem innerem Gleichgewicht) an der Macht gehalten wird, hat er wenig Veranlassung, das sozial unfaire System zu verändern, das er geschaffen hat. Daher sucht er sein Heil in kulturellem Konservatismus und Nationalismus.

Die Suche nach einem neuen Gleichgewicht wird weiters dadurch kompliziert, dass die Krise nicht auf die Visegrád-Länder oder das post-kommunistische Europa begrenzt ist. Die Cohabitation von Demokratie von Kapitalismus war nie problemlos – noch war sie in irgendeiner Weise „natürlich“. Jetzt steht sie unter starker Spannung (Streeck 2011). Der Gesellschaftsvertrag, der – auf Massendemokratie und eine gewissen Ausmaß von Gleichheit über Umverteilung gegründet – die gesellschaftlichen Konflikte abmilderte, ist selbst in den industrialisierten, fortgeschrittenen Ländern des kapitalistischen Zentrums geschwächt. Gleichheit ist als Ideal delegitimiert worden, Umverteilungsmechanismen wurden abgebaut und begrenzt.

Das egalitäre 20. Jahrhundert ist zu Ende. Kapitalismus kehrt zu seiner „Normalität“ wachsender Ungleichheit und der intergenerationellen Reproduktion von Privilegien zurück. Die post-kommunistische europäische Peripherie, die vor mehr als 20 Jahren den liberalen Kapitalismus enthusiastisch begrüßte, könnte einen Vorgeschmack auf die Dinge geben, die auf breiterer Ebene auf uns zukommen.

(Übersetzung aus dem Englischen: Joachim Becker)

Literatur

- Becker, Joachim (2016) Europe's other periphery. In: *New Left Review*, Nr. 99, 39–64
- Beissinger, Thomas/Cusseau, Nathalie/Hellier, Joel (2016) Offshoring and labour market reforms in Germany: Assessment and policy implications. In: *Economic Modelling*, Vol. 33, 314–333
- Bilčík, Vladimír/Buzalka, Juraj (2012) Slovakia. In: Ó Beacháin, Donnacha/Sheridan, Vera/Stan, Sabina (Hg.): *Life in Eastern Europe After EU Membership: Happy Ever After?* London/New York, 55–72
- Bohle, Dorothee (2008) Race to the Bottom? Transnational Companies and Reinforced Competition in the Enlarged European Union. In: Appeldoorn, Bastiaan van/Drahokoupil, Jan/Horn, Laura (Hg.): *Contradictions and Limits of Neoliberal Governance. From Lisbon to Lisbon*. London/New York, 163–186
- Gagatek, Wojciech (2014) Poland. In: Conti, Nicolò (Hg.): *Party Attitudes Towards the EU in the Member States. Parties for Europe, parties against Europe*. London/New York
- Keller, Jan (2007) *Teorie modernizace*. Prag
- Goetz, Klaus H. (2006) *Territory, Temporality and Clustered Europeanisation*. Institut für Höhere Studien, Reihe Politikwissenschaft 109, Wien
- Klaus, Václav (2011) *Evropská integrace bez iluzí*. Prag
- Klvaňa, Tomáš (2014) Ten years in the European Union: The Czech Republic. Aspen Institute Prague, 3/2014 (www.aspeninstitute.cz/en/article/3-2014-ten-years-in-the-european-union-the-czech-republic/, abgerufen: 30.11.2016)
- Korkut, Umut (2012) *Liberalisation challenges in Hungary. Elitism, progressivism, and populism*. New York
- Nölke, Andreas/Vliegenhart, Arjan (2009) Enlarging the Varieties of Capitalism: The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe. In: *World Politics*, 61(4), 670–702
- Riishøj, Søren (2010) *Europeanization and Euroscepticism: Experiences from Poland and the Czech Republic*. University of Southern Denmark, Political Science Publications No. 25/2010
- Rubešková, Martina/Schultzová, Helena/Šimečka, Michal (2013) Two decades from the break-up of Czechoslovakia: Departures, divisions and destinations. CEPS Commentary, 7. März 2013 (www.ceps.eu/system/files/CZ-SK%20Extendede%20Commentary.pdf, abgerufen: 30.11.2016)
- Rupnik, Jacques (2007) From Democracy Fatigue to Populist Backlash. In: *Journal of Democracy*, 18(4), 17–25
- Streeck, Wolfgang (2011) The crises of democratic capitalism. In: *New Left Review*, Nr. 71, 5–29

Anmerkungen

- 1 Siehe z.B. das Buch von Umut Korkut: *Liberalisation challenges in Hungary. Elitism, progressivism, and populism* (Korkut 2012). Der Autor schreibt den steckengebliebenen Liberalisierungsprozess (als einem essenziellen Teil der Europäisierung) den widersprüchlichen Wirkungen eines durch die Eliten angeführten institutionellen Wandels zu: „(D)ieses Buch argumentiert, dass durch die Elite angeführter institutioneller Wandel in Ungarn den Fortschritt politischer und wirtschaftlicher Liberalisierung zum Halten gebracht und sie einer rechten Reaktion, die an Populismus grenzt, ausgesetzt hat. Er hat auch Bruchlinien, die auf Identitätspolitik basieren, gefördert, die zur Polarisierung Ungarns beigetragen haben.“ Klaus H. Goetz (2006) erklärt unterschiedliche Niveaus der Europäisierung durch zwei Variablen: Territorium und Temporalität. Die „Temporalitätsvariable“ bezieht sich auf die Zeit des Beitritts im Verhältnis zur inneren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Beitrittslandes: „Wo Integration nicht genau mit Demokratisierung und Liberalisierung entspricht, ist der Anpassungsdruck wahrscheinlich sehr viel geringer, aber das institutionelle und politische Trägheitsmoment höher.“
- 2 Tomáš Klvaňa (2014) führt das tschechische Widerstreben im Hinblick auf den Beitritt zur Europäischen Währungsunion auf den Einfluss von Václav Klaus und den in der Tschechischen

- Nationalbank vorherrschenden Euroskeptizismus zurück. Dasselbe Argument wird von Rubešková et al. (2013) angeführt, um die unterschiedlichen Pfade der Tschechischen Republik und Slowakei bezogen auf die EU und in der EU zu erklären. Sie schreiben, dass die radikalen Verschiebungen in der Politik des Landes sehr stark mit den dominanten Politikern zusammenhängen, die sie durchdrückten, aber durch die relativ schwache Zivilgesellschaft, die sie selten zu beeinflussen vermochte, begünstigt wurde.
- 3 Riishøj (2010) stellt dar, wie das „Integrationsdilemma“ – die Furcht vor dem Ausschluss vs. die Furcht vor dem Absorbiertwerden – die politischen Präferenzen der neuen Mitglieder aus Zentral- und Osteuropa formt: ihr instinktiver Intergouvernementalismus und ihre pro-atlantische Ausrichtung vs. der Furcht, aus einem Europa der mehreren Geschwindigkeiten ausgeschlossen zu werden.
 - 4 Deutschland ist der Hauptexport- und Hauptimportpartner. Bei allen Visegrád-Ländern liegt der Handelsanteil Deutschlands höher als der Anteil des intra-regionalen Handels.
 - 5 Das wichtigste Beispiel wäre wohl Ungarns Premierminister Viktor Orbán und seine Politik der „Ostöffnung“. 2014 erklärte der Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó: „Wir würden uns wünschen, dass chinesische Firmen, die nach Europa kommen, Ungarn als ihre Basis betrachten und auch dass Ungarn auf lange Sicht die Haupttransitroute für chinesische Güter wird, die für den europäischen Markt bestimmt sind.“ Allerdings ist China – weit hinter den Ländern der Eurozone, erst der zehntwichtigste Handelspartner Ungarns.
 - 6 Die erste Dzurinda-Regierung setzte sich aus der von der von einer reformkommunistischen in eine sozialdemokratische Partei umgewandelten SDL, der sozialliberalen SOP, der konservativ-liberalen SDK (ihrerseits eine Koalition verschiedener Parteien: Christdemokraten, Liberale, Grüne und Sozialdemokraten), der Partei der ungarischen Minderheit zusammen: eine buntscheckige Crew, die sich um die EU-Mitgliedschaft und liberale Wirtschaftsreformen zusammenfand, unter anderen Umständen aber kaum bis zum Ende der Legislaturperiode überlebt hätte.
 - 7 In seinem Buch „Evropská integrace bez iluzí“ aus dem Jahr 2011 präsentiert er das klassische wirtschaftsliberale Argument gegen eine Integration, die über einen gemeinsamen Markt hinausgeht.
 - 8 Mikuláš Dzurinda ist derzeit Präsident des mit der Europäischen Volkspartei verbundenen Think Tanks Centre for European Studies, während Ivan Mikloš den ukrainischen Wirtschafts- und Finanzminister berät.
 - 9 Typisch ist, dass seine Partei, die PO, keine größeren EU-Kompetenzen bei Migrations-, Beschäftigungs- und Sozialpolitiken unterstützte, während seine Regierung Integrationsmaßnahmen bei der Fiskalpolitik, einschließlich des Fiscal Compact von 2011, die Unterstützung nicht versagte.
 - 10 Dieses Argument wurde und wird immer wieder von verschiedensten Parteien vorgetragen: von der polnischen PO bis hin zum Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Mainstream in der Tschechischen Republik und der Slowakei. 2012 basierte Smer-SD seine Wahlkampagne auf dem Versprechen von Stabilität und „normaler Politik“. 2016 verteidigten Smer-SD und seine Koalitionspartner die Bildung einer heterogenen Regierung durch die Notwendigkeit, „Extremisten“ (vor allem die neo-faschistische LSNS-Partei) sowie nicht dem Standard entsprechende Formationen (wie die neugebildete Gruppe des Oligarchen Boris Kollár, aber auch die ideologisch amorphe Gruppe von Igor Matovič) abzublocken. Die selbe Formel wurde in der Tschechischen Republik bemüht, als die Sozialdemokraten sich mit einer liberal-konservativen Partei (ANO), die von dem Oligarchen Andrej Babiš gegründet worden war, und der konfessionell-konservativen KDU-ČSL zusammentaten.
 - 11 Die vorgeschlagene Entsenderichtlinie ist dafür eine bezeichnendes Beispiel: Sie wurde von der Europäischen Kommission auf Verlangen Deutschlands, Frankreichs und einiger anderer Kernländer vorgeschlagen, wird aber von allen „neuen Mitgliedsländern“ als ein Versuch zur Begrenzung der freien Arbeitskräftemobilität abgelehnt.